

klima wandel



IG Kultur Österreich

Klimawechsel

Das Eisen weiter schmieden

Herausgeberin: IG Kultur Österreich
Redaktion: Stefan Haslinger, Christine Schörkhuber,
Rene Fischer, Radostina Patulova, Juliane Alton,
Anita Hofer, Gabriele Gerbasits, Elisabeth Mayerhofer
Umschlaggestaltung & Grafik: Patrick Kwaśniewski

Klimawechsel: Das Eisen weiter schmieden

© 2012 IG Kultur Österreich
Gumpendorfer Straße 63b, A-1060 Wien
office@igkultur.at

igkultur.at

inhalt

Vorwort Stefan Haslinger	4
Partizipation Isolde Charim	6
Selbstbestimmung und Partizipation Alles für Alle!	14
Politischer Antirassismus Veränderung ist möglich!	18
Nicht identitärer Feminismus Verteilungsgerechtigkeit!	21
Aktives Auftreten gegen Faschismus ¡No pasarán!	24
Antikapitalismus Geld oder Leben!	27
Kollektivität Mehr als die Summe der einzelnen Teile!	31
Gleichheit und Gerechtigkeit Umverteilung!	33
Solidarität It's the society, stupid!	36

1998 machte die IG Kultur Österreich mit der Publikation „Klimawechsel – Für eine neue Politik kultureller Differenz“ von sich reden. Komprimiert und fundiert wurde damals die Misere der österreichischen Kulturpolitik in Printform dargelegt und gleichermaßen wurden in diesem Buch Handlungsanleitungen gegeben, wie eine (Kultur-)Politik kultureller Differenz aussehen könnte.

14 Jahre sind vergangen, die KulturstaatssekretärInnen und -ministerInnen wechselten, aber eine substantielle Änderung kulturpolitischer Praxis auf Regierungsebene konnte nicht vermerkt werden.

Nach wie vor werden Kultur und Kulturpolitik in einem nationalstaatlichem Rahmen verhandelt. Nach wie vor werden Förderungen weniger als Zuwendung verstanden, die etwas ermöglichen, denn als ein bewährtes Gängelband für die Kulturschaffenden.

Entwicklungen sind nicht oder nur marginal wahrnehmbar, (Kultur-)Politik wird auf der Symbolebene betrieben, Strukturreformen sind ein Tabuthema.

Als sich die IG Kultur entschloss, dem Klimawechsel ein Update widerfahren zu lassen, wäre es ein leichtes gewesen, die Ausgabe von 1998 im copy&paste-Verfahren in ein neues Layout zu setzen, denn von den Forderungen und Handlungsanleitungen ist so gut wie nichts umgesetzt.

Doch mit diesem Verfahren hätte die IG Kultur die Symbolebene weiter bedient. Wenn als Gradmesser für Durchsetzungskraft die Umsetzung von Forderungen dient, hätte es die (Kultur-)Politik relativ einfach, einzelne Punkte abzuhaken und dies als durchschlagenden Erfolg zu verkaufen.

Um nicht in diese Falle zu tappen, wurde eine andere Herangehensweise gewählt, die zukunftsfähiger erscheint und vor allem Raum für Diskussionen offen lässt.

Anhand von acht Oberbegriffen bestimmt der Band „Das Eisen weiter schmieden“ nun die Kampfbegriffe und -felder, um die es künftig gehen wird, wenn eine Kulturpolitik, wie die IG Kultur sie meint, von Erfolg gekrönt sein soll.

Die Vision der IG Kultur gibt den Rahmen für „Das Eisen weiter schmieden“ vor, wenn es darin heißt: „Die Vision der IG Kultur Österreich ist eine durch Selbstbestimmung und Partizipation gleichermaßen entworfene und gelebte Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, die frei von Ausschlüssen und Ausbeutung ist und von den Prinzipien des Politischen Antirassismus, der Radikalen Partizipation, des nicht identitären Feminismus, des Antifaschismus und des Antikapitalismus nicht zu trennen ist. Eine Gesellschaft also, die von Gerechtigkeit, Gleichheit in Differenz, direkter Beteiligung und aktiver Solidarität getragen wird.“

Die acht Kapitel skizzieren also nicht mehr und nicht weniger als konkrete Notwendigkeiten des zukünftigen Handelns. Sie verweigern die Auseinandersetzung auf der Symbol- und Symptomebene, statt dessen betreiben sie Ursachenforschung.

Ohne ein radikales Umdenken, ohne inhaltliche und strukturelle Änderungen wird der Stillstand zur Maxime.

Deshalb müssen wir das Eisen weiter schmieden, es formbar halten und dafür sorgen, dass die Spannung nicht verloren geht.

Nicht mehr so klar und eindeutig ist, was wir darunter verstehen: Partizipation ist Teilhabe. Aber was bedeutet das? Entscheidungsbeteiligung, Mitsprache – reale Entscheidungsbeteiligung, reale Mitsprache? Diese Frage ist nicht so absurd, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Immer wenn es in Diskussionen um Partizipationen oder um Demokratie geht, kommt einer und erzählt mit leuchtenden Augen von kommunalen Partizipationsmodellen in Südamerika. Da würde ein ganzer Ort, eine ganze Stadt zusammenkommen und gemeinsam entscheiden. Ich bin da etwas skeptisch. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich finde auch, dass die Vorstellung einer Vollversammlung aller Bürger, die gemeinsam über ihre kollektiven Angelegenheiten entscheiden, in der jeder und jede zu Wort kommt – ich finde diese Vorstellung auch schön – aber sie geht an der Realität einer Massendemokratie vorbei. Wir müssen also überlegen, wie Partizipation unter den Bedingungen von Massengesellschaft und repräsentativer Demokratie möglich und notwendig ist. Natürlich kann man die Frage auch tiefer hängen und von Partizipation in kleinen Bereichen, in begrenzten Projekten sprechen. Aber bevor man darüber nachdenkt, muss man sich der Frage zuwenden, wie Partizipation noch zu verstehen ist.

Am Eintritt in das Thema steht die Frage: Worum geht es bei der realen Teilhabe – um die Realität oder um die Teilhabe? Die Frage ist keineswegs absurd. Man sollte das nicht voreilig abtun, indem man es zu schnell gleichsetzt. Man sollte also nicht unhinterfragt hinnehmen, was das bedeutet. Was ist denn die Realität der Teilhabe, der Entscheidungsfindung? Das ist nicht nur die Realität der harten Fakten, die Wirklichkeit der messbaren Resultate. Es bedeutet auch die Wirklichkeit der Teilhabe selbst, die subjektive Realität

der Partizipation: das subjektive Gefühl, gehört zu werden, anerkannt zu werden, sich gemeint fühlen. Ich möchte hier vom rein objektiven Blickwinkel der realen Partizipation auf den subjektiven Zugang, auf das subjektive Moment von Partizipation kommen: die Partizipation hat nicht nur an der Realität teil, sie hat auch ihre eigene Realität.

Zum Beispiel in einer Partei, wo lange nur strikter Gehorsam galt, Parteidisziplin wie das früher gang und gäbe war und wie das in verkrusteten Teilen eines solchen Parteiapparats wohl immer noch oft vorkommt, dort würde die Einführung von Foren, wo Leute gehört werden, wo sie zu Wort kommen, eine große Öffnung bedeuten. Ohne dass es damit schon reale Teilhabe an Entscheidungen geben muss. Wir müssen verstehen, dass allein das Gefühl zu partizipieren, das Gefühl teilzuhaben bereits relevant ist. Das ist kein Defizit. Man sollte das nicht von vornherein abtun: Augenauswischerei. Nur das Gefühl! Das ist keine reale Partizipation! Ist es doch. Denn damit dieses Gefühl überhaupt aufkommen kann, muss es einen Ort geben, muss es ein Terrain geben, auf dem dieses Gefühl überhaupt entstehen kann: Es muss einen Resonanzraum geben, in dem man gehört wird. Das ist genau der Punkt, wo das entscheidende Kriterium für Partizipation nicht einfach in der harten Realität der Entscheidung zu suchen ist, sondern in der Realität der Teilhabe selbst: Sie muss, um gefühlt zu werden, einen Platz erzeugt haben. Man muss auch sehen, dass ausgerechnet die Rechten dies - also das subjektive Moment von Partizipation, das subjektive Moment des Gehört-Werdens - in verdrehter Weise wissen und praktizieren: Indem sie den Leuten das Gefühl geben, Sprachrohr ihres Stammtisches zu sein. Wenn man gegen rechte Politik vorgehen will, dann muss man verstehen, woher deren Erfolg rührt, worauf er basiert. Dann muss man die „Erkenntnis“ - die Erkenntnis unter Führungszeichen - des Populismus, dessen „Wahrheit“ verstehen: Er gibt den Leuten das Gefühl, sie werden gehört, sie würden partizipieren. Auf das Verquere dieser „Wahrheit“ komme ich noch zu sprechen.

Da Partizipation auch von Anerkennung handelt, hat sie ein wesentlich subjektives Moment. Deshalb lautet meine erste These: Partizipation braucht Emotion. Diese Emotion kommt dabei auf zweifache Weise vor: zum einen als Bedingung von Partizipation und zum anderen als deren Resultat.

Von der Emotion auf Seiten des Resultats war schon die Rede. Was nun die Emotion als Bedingung von Partizipation anlangt, möchte ich folgendes festhalten: Partizipation braucht Leute, die partizipieren. Das klingt wie eine Binsenwahrheit. Aber es heißt doch, Partizipation braucht Subjekte, die partizipieren wollen. Diese 2 lautet also: Partizipation braucht partizipative Subjekte. Solche Subjekte fallen aber nicht vom Himmel. Wir sind nicht alle partizipative Subjekte. Und wir sind es, wenn wir irgendwann dazu geworden sind, auch nicht immer. Das partizipative Subjekt braucht also eine Anrufung, einen Vorgang, in dem es hergestellt und aktualisiert wird. Und bei diesem Vorgang sind Emotionen, Emotionen, die bereits da sind oder Emotionen, die dabei erst entstehen, zentral. Emotionen wie Wut, Emotionen wie Empörung, aber auch Emotionen wie Angst.

Das heißt im Klartext: Partizipation ist nicht von vornherein und von selbst ein emanzipatorischer Akt. Auch wenn das nicht unbedingt sympathisch klingen mag. Partizipation ist nicht alleine Ausdruck von Autonomie, Ausdruck eines autonomen Subjekts, das seiner partizipativen Tätigkeit vorausgehen würde. Das ersieht man an dem, was man als „rechte Partizipation“ bezeichnen muss. Und wir müssen sehen, dass es eine solche gibt. Dabei werden Ressentiments, Vorurteile, Angsteffekte zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere an die Volksabstimmung über Minarette in der Schweiz oder an die Anti-Moscheen-Demonstration in Wien oder aber an jene Wut rabiater Bürger, die sich in Thilo Sarazins Thesen artikuliert wiederfanden. Leo Löwenthal hat in der Zwischenkriegszeit in seinen Analysen faschistischer Agitatoren diesen Typus der politischen Mobilisierung als „umgekehrte Psychoanalyse“ bezeichnet. Sie verfolgt die

gegenteilige Intention wie der Psychoanalytiker: Ängste und Regressionsneigungen werden aufgegriffen und verstärkt, um den Patienten nicht mündig werden zu lassen und um gesellschaftliche Ausschlüsse zu perpetuieren. Das ist das oben erwähnte Verquere der populistischen „Erkenntnis“.

Wenn wir hingegen von Partizipation sprechen, dann meinen wir einen Vorgang, der genau das Gegenteil zum Ziel hat: Wenn wir von Partizipation sprechen, dann sprechen wir von Ermächtigung. Dabei stellt sich die Frage: Geht diese Ermächtigung der Teilhabe voraus oder entsteht sie erst durch sie? Partizipieren wir, weil wir uns schon ermächtigt haben, weil wir schon autonome Subjekte sind, die sich Gehör verschaffen wollen? Oder ist die Ermächtigung ein Effekt der Partizipation – werden wir zu autonomen Subjekten, weil wir partizipieren?

Die Antwort wird wohl beides berücksichtigen müssen. Denn wir sprechen hier ja nicht von abgeschlossenen und isolierten Vorgängen. Als partizipierende Subjekte schreiben wir uns ja in eine Geschichte ein, die lange vor uns begonnen hat und die wir weiterschreiben. Ja, auch in unseren jeweiligen Biographien ist Partizipation ja kein Dauerzustand, sondern ein – vielleicht – wiederkehrendes Moment, in dem wir unsere eigene Geschichte weiterschreiben. Zugleich aber zeigt sich, dass Partizipation auch ein performatives Moment anhaftet, ein Moment also, wo die Teilhabe, wo das teilhabende Subjekt gerade durch und in dem Akt der Partizipation entsteht – oder wo wir als solche aktualisiert, erneuert, befördert werden.

Dazu muss man näherhin sagen, dass diese Ermächtigung, dass diese partizipatorische Anrufung sich immer auch und zuerst gegen etwas richten muss: gegen Hierarchien, in denen wir gefangen sind, gegen Konventionen, die uns bestimmen, gegen Identitäten, die uns einteilen. Und zugleich greift diese Behauptung auch zu kurz. Wie man sich bei der Wut fragen muss, ob es gute und schlechte Wut gibt, und sehen muss, dass Gefühle keine eindeutigen Konnotationen haben, so finden wir auch bei der partizipatorischen Anrufung die Möglichkeit

einer ähnlichen Ambivalenz. So gab es etwa bei den Protesten der spanischen M-15 Bewegung die Parole „Wir sind nicht gegen das System, das System ist gegen uns“. Das war Einspruch, aber nicht Einspruch gegen etwas, kein Einspruch gegen die politischen Strukturen oder gegen die ökonomischen Verhältnisse. Es war vielmehr der paradoxe Einspruch für etwas. Die partizipativen Subjekte gewannen ihre Identität nicht aus einem Dagegen-Sein, sondern aus einem Dafür-Sein – für Demokratie, für Europa. Was ist nun ein Protest, der von keiner Alternative getragen wird? Wie sieht eine Bewegung aus, wenn es keine wirklichen Lösungen gibt? Zunächst ist sie bestimmt durch die zunehmende Ablehnung der Agenturen des Dagegen-Seins wie Gewerkschaften oder linke Parteien. Das erhöht die Bedeutung des Geschehens vor Ort, auf den Plätzen. Nicht Forderungen, die auf die Zukunft zielen, sind zentral, sondern der Moment des Protests selber. Man mag die Diskussionsforen, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die Vollversammlungen, Putzdienste und Erste-Hilfe Zelte bejubeln oder belächeln. Belächeln, weil die politische Energie ohne Kanalisierung verpuffen wird. Bejubeln, weil man darin die Wiederkehr eines demokratischen Moments, eines tatsächlichen demokratischen Ereignisses sieht. In jedem Fall bricht sich die Empörung, die ja eine eminente politische Energiequelle ist, hier eine neue Bahn, indem sie die geregelten Bahnen zurückweist und dennoch nicht gegen das System antritt.

In dieselbe Kerbe schlägt auch jene Partizipation, die nicht auf das Feld des Politischen im engen Sinne bezogen ist: die kulturelle Partizipation. Die Partizipation im kulturellen Feld hat eine eminente Funktion. Wenn wir von einem Großprojekt der Ermächtigung sprechen würden – das es also solches, d.h. als überlegtes, strategisches, organisiertes nicht gibt – aber wenn wir das als Hypothese annehmen, dann muss man sagen, dass das Kulturelle ein sehr geeignetes Feld für diesen Vorgang des Abbauens, diesen Vorgang des Gegenhegemonialen, diesen Vorgang einer Gegen-Anrufung

ist. Denn hier können andere Lebensgefühle, andere Lebensformen, minoritäre Position artikuliert und befördert werden. Hier kann die Ermächtigung also viele Antriebe bekommen. Wobei ich dazu gerne eine Frage aufwerfen würde: Die Berliner Künstlerin Hannah Hurtzig schwärmt für die Querulanten, die sich in Wien mit Notwendigkeit bei jeder öffentlichen Veranstaltung mit einem endlosen meist nicht zur Sache gehörigen Co-Referat zu Wort melden. Diese Begeisterung der Künstlerin für diese Figuren wirft die Frage auf: Ist Partizipation Teilhabe am dafür vorgesehenen Ort (zum Beispiel an jenem des Fragestellers) oder besteht sie gerade darin, diesen vorgesehenen Ort zu überschreiten (wie der Querulant)? Heißt Partizipation einen vorgesehenen Raum ausfüllen oder beginnt sie erst dort, wo sie diesen transzendiert?

Im Politischen ist diese Frage heikler als bei den Querulanten. Denn Überschreiten des Rahmens von Partizipation kann da auch Gewalt bedeuten. Wenn nicht, dann braucht politische Partizipation etwas anderes: Sie braucht ein expressives Moment, eine expressive Politik. Diese bringt zum Ausdruck: wir stehen hier, wir wollen teilhaben, wir wollen uns engagieren und zeigen das auch. So werden zum Beispiel Demonstrationen – als traditionellste Form solch expressiver Politik – oft als „preaching to the converted“ abgetan, als überflüssige Übungen, die nur der Selbsthygiene dienen und keine politische Wirkung haben. Wir finden hier die eingangs erwähnten unterschiedlichen Realitätsbegriffe wieder: jenen, der nur die Realität der realen Wirkungen anerkennt und jenen, der auch eine andere Form von Wirkung – wie z.B. die Erzeugung und Bekräftigung von partizipatorischen Subjekten – im Blick hat. Natürlich ist auch zweiteres keine reine Selbstübung, keine *politique pour la politique*. Expressive Politik erschöpft sich nicht in der Herstellung oder Bekräftigung partizipatorischer Subjektivitäten. Sie braucht zur Ermächtigung, zur Ermächtigung der Schweigsamen, die nicht reden wollen, und zur Ermächtigung

der Ausgeschlossenen, die nicht reden können oder dürfen – kurzum, es braucht zur Partizipation nicht nur des einzelnen partizipativen Subjekts, sondern einer Vielzahl eben solcher partizipativen Subjekte. These drei lautet also: Partizipation braucht die Herstellung eines politischen Milieus. Eine These, die man vielleicht auch so formulieren kann: Politische Partizipation braucht nicht nur ein politisches Milieu, sie besteht – auch – in der Herstellung eines solchen. Ich halte hier kurz inne und zähle auf: Partizipation braucht also Emotionen. Sie braucht ein partizipatives Subjekt und sie braucht nicht nur eines, sondern viele partizipativen Subjekte, sie braucht also eine Form von Zusammenschluss. Das heißt: Partizipation, politische Partizipation bedarf der Bündelung der Emotionen. Peter Sloterdijk hat dieser Bündelung ein eigenes Buch gewidmet. „Zorn und Zeit“ handelt von einer Emotion – dem Zorn – als Rohstoff, als Ressource des Politischen und es handelt von der Notwendigkeit, diesen Rohstoff zu sammeln, zu bündeln und zu transformieren. Diese Aufgabe hatten die von ihm so genannten „Zornbanken“, die linken Parteien. Hier wurden diese politischen Energien, die Wut deponiert, gesammelt und in Politik – in politische Aktionen und in politische Programme transformiert. Sloterdijk beschreibt ausführlich, wie diese „Zornbanken“ gescheitert sind. Ja, das Scheitern der Zornbanken wird bei ihm zum Signum des 20. Jahrhunderts. Ich stimme mit ihm nicht überein. Weder finde ich, dass alle Zornbanken ausschließlich gescheitert sind, noch ist es so eindeutig, dass einzig Parteien, traditionelle Parteien im Sinne von Volksparteien, als solche Zornbanken funktionieren können. Klar ist, dass politische Partizipation, politische Emotionen, politischer Rohstoff also, der Bündelung bedarf. Aber welcher Art ist die politische Kraft, die es dafür braucht? Braucht es eine Partei, um als solche Zornbank zu fungieren? Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass sich dieses Szenario verändert hat. Was wir heute brauchen ist ein politisches Milieu.

Dieses kann sich aus Einzelpersonen, aus NGOs, aus Teilbereiche von Parteien, Gewerkschaften, aus Teilen der Universitäten und aus migrantischen Gruppen zusammensetzen. Es kann eine Verbindung von Establishment und Subkulturen, von Institutionen und Einzelnen, von Marginalisierten und Leuten aus der Mitte der Gesellschaft sein. Das hat den doppelten Vorteil, den Parteien und Gewerkschaften neue Energien und jene Bedingungslosigkeiten, die ihnen abhanden gekommen sind, zuzuführen (ohne diese Energien dort im Sloterdijkschen Sinne zu „deponieren“) und den Energieträgern, den partizipativen Subjekten, bringt es einen gewissen Grad an Organisation und Unterstützung. Das politische Milieu, das Partizipation heute braucht, ist also eines der „strategischen Allianzen“ - viel eher als das der soliden, unbeweglichen Zornbanken.

Alles für Alle!

Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie selbstbestimmt agiert und daher Partizipation ermöglicht.

Selbstbestimmung versteht die IG Kultur Österreich als Motor, der dazu beiträgt, dass die handelnden Subjekte befähigt sind, partizipativ an der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Modelle zu arbeiten. Partizipation beruht immer auf Verhandlungsprozessen, welche Selbstbestimmung voraussetzen.

Partizipation ist ein politisches Konzept, welches darauf abzielt, dass nicht nur alle mitspielen können, sondern auch mitspielen wollen und es auch tatsächlich tun. Das setzt ein beträchtliches Maß an Selbstbestimmung voraus, vollkommene Selbstbestimmung widerspräche nach unserer Auffassung der Verfasstheit des Menschen als soziales Wesen und dem Konzept der Kollektivität (in diesem Band auf Seite 31).

Selbstbestimmung heißt nach dieser Auffassung, selbst zu bestimmen, welchen Platz in welcher Form von Gesellschaft ein Individuum anstreben will, welche Bündnisse hierfür eingegangen werden und welche Abgrenzungen vorgenommen werden. Es bedeutet auch ein freies Denken über neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die repräsentative Demokratie ist nur eine – und wie wirtschaftlich erleben – durchaus mangelhafte Form der Organisation des politischen Lebens. Es ist also nicht nur erlaubt sondern auch erwünscht, neue Formen zu überlegen. Eine partizipative Demokratie, wie das Welt-Sozialforum in Porto Alegre sie vorstellte, ist nur eine weitere denkbare Form dafür. Dass Repräsentativität zu massiven Defiziten führt, vor allem in ihrer euro- und androzentristischen Tradition, zeigt sich im Ohnmachtsgefühl und in der Perspektivenlosigkeit

vieler Menschen, die nicht nur als „Unterschicht“ behandelt werden, sondern über die in dieser Begrifflichkeit wieder gesprochen wird. Repräsentativität weist weniger Mängel auf, wenn sie reziprok organisiert ist und Mandate sich nicht konzentrieren (können): Jede/r repräsentiert und jede/r wird repräsentiert. Das garantiert auch Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben, konzentriert auf die Bereiche, in denen Menschen Repräsentationsfunktionen wahrnehmen.

Verhandlungsprozesse benötigen viele Beteiligte, am besten eine Mehrzahl derer, die von den Ergebnissen der Verhandlungen betroffen sind. Die Verhandlung selbst wiederum benötigt selbst bestimmte Individuen, die in den Verhandlungsprozessen auf einer Ebene stehen: nicht nur formalrechtlich, sondern auch was das wirtschaftliche Gewicht und die hintergründigen Netzwerke der Beteiligten betrifft. Mittelfristig kann dies erreichbar sein, wenn Informations- und Bildungsstände insgesamt steigen und die derzeit bestehenden Unterschiede weniger markant werden. Um dies zu erreichen, sind die herrschenden Prinzipien der Hierarchie zu hinterfragen. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, Hierarchien abzuschaffen sondern zielt vielmehr darauf ab, nicht-hierarchische Organisationsformen zu erforschen, zu erproben und zu rechtlicher Gültigkeit zu verhelfen. Weiters geht es darum, die Gründe für Über- und Unterordnung zu durchleuchten. Hierarchie soll, kurz gesagt, nicht dazu dienen, Menschen von Entscheidung und Beteiligung auszuschließen sondern allenfalls dazu, Verantwortlichkeiten zu verteilen. Es geht also darum, formale Hierarchien durch inhaltliche Hierarchien zu ersetzen.

Partizipation ist jedoch auch eine Form von Konflikt. Partizipation wird oft als Mittel betrachtet, um durch aktive Beiträge und das Einnehmen einer bestimmten Rolle Teil von etwas zu werden. Allerdings werden diese Rollen nur

selten als eine kritische Plattform der Auseinandersetzung gesehen, sondern vielmehr auf romantische Begriffe von Harmonie und Solidarität gegründet, klagt Markus Miessen, Berliner Architekt und Autor, und schlägt den Begriff der „konflikthaften Partizipation“ vor: Das ist ein alternatives Modell, das über die üblichen Konsensmodelle hinausgeht. Anstatt einhellige Zustimmung und widerspruchslose Übereinstimmung herzustellen, soll es kritische Distanz und die bewusste Implementierung von Konfliktzonen beinhalten, Konfliktzonen als Orte der gegensätzlichen Interessen, Absichten und Ziele. Partizipation wird in diesem Zusammenhang als politische Praxis definiert, die Teilnehmende zu aktiv Handelnden macht und den partizipativen Prozess als eine erwünschte Irritation, ein Eindringen in Wissensfelder, in Bereiche der Mit- und Selbstbestimmung forciert. Durch diese produktive Auseinandersetzung sollen Diskurse und differenzierte Handlungsweisen ermöglicht, durch den Austausch von Wissen neue Wissensformen generiert werden. Miessen regt konkret an, den Begriff des Konflikts als fruchtbares Element in die Diskussion um die Partizipation einzubeziehen und „über eine Form des Zusammenlebens nachzudenken, die den Konflikt als eine Art von produktiver Auseinandersetzung ermöglicht: ein Modell der unkonventionellen Partizipation im Sinne eines Zugangs für AußenseiterInnen, die bestehende Debatten und Diskurse beurteilen, ohne Angst zu haben, auf Ablehnung zu stoßen.“*

* Markus Miessen, Die Gewalt der Partizipation, www.eurozine.com

Maßnahmen:

- Transparente Gestaltung von legislativen und exekutiven Abläufen in der Verwaltung
- Beteiligung an Entscheidungsverfahren bei Legislative und Exekutive
- selbst verwaltetes, demokratisches, die Selbstbestimmung förderndes Bildungssystem
- freier Zugang zu Bildung
- unabhängige politische Bildung
- Abbau rechtlicher, kultureller, materieller Zugangsbarrieren
- bedingungsloses Grundeinkommen
- neuer Fokus auf Kultur- und Bildungsförderung: weg von bürgerlicher Hochkultur, Hinwendung zur Sozio- und Zeitkultur

Veränderung ist möglich! *Politische Kulturarbeit zeichnet sich durch das Engagement für eine gleichberechtigte und sozio-kulturell diversifizierte Gesellschaft aus.*

Politischen Antirassismus versteht die IG Kultur Österreich als einen Diskurs, aber vor allem als Praxis rassistisch Diskriminierte abseits der Logik Opfer-Täter zu charakterisieren und gesellschaftliche Handlungsperspektiven zu entwerfen und zu ermöglichen.

Der Politische Antirassismus führt einen Kampf um gleichberechtigte Partizipation für alle. Einen Kampf um den Abbau von Strukturen des Ausschlusses und der restriktiven Ansätze.

Es geht uns darum, Politischen Antirassismus als eine beständige Praxis zu etablieren, die Rassismus nicht individualisiert, sondern Strukturen im eigenem Umfeld aktiv dahingehend bearbeitet, dass Privilegien und Ressourcen - hier und jetzt - umverteilt werden und somit gesellschaftliche, soziale und rechtliche Inklusionen real erlebbar macht.

Der strukturelle Rassismus bildet in der Gesellschaft ein feindliches Umfeld der Ausgrenzung, die eine Selbstorganisation zur Folge haben muss. Gegenüber diesem feindlichen Umfeld darf sich politische Kulturarbeit gerade aufgrund ihrer Selbstdefinition nicht gleichgültig verhalten.*

Denn politischer Antirassismus in der Kulturarbeit bedeutet, dass an der Befähigung gearbeitet wird, immer auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren, handlungsfähig zu bleiben und bestehende Machtasymmetrien zu bekämpfen bzw. keine neue zu erzeugen.

* Positionspapier 2003

Hierbei ist die Abklärung der Position ein zentrales Thema. „Wer spricht?“ ist die Frage, die sich im Kontext einer antirassistischen Grundhaltung, welche sich einem Paternalismus und der moralischen Position widersetzt, stellen muss. Die Selbstermächtigung von allen Beteiligten im Prozess muss erklärtes Ziel sein.

Der Fokus liegt dabei auf der realen Anwesenheit rassistisch Diskriminierter im öffentlichen, gesellschaftlichen Leben und der fassbaren und weiten Teilhabe und Teilnahme daran.

Zwingend liegt der antirassistischen Positionierung ein erhöhtes Maß an Selbstreflexion und Selbstevaluierung zu Grunde. Um den Rassismus auf allen strukturellen Ebenen zu bekämpfen, bleibt es nicht aus, vor allem die eigene (sowohl individuelle als auch institutionelle) Struktur zu durchleuchten. Der gelebte politische Antirassismus ist eben kein abstrakter Begriff, der auf Papier gedruckt wird, und somit von der aktiven Arbeit entbindet. Vielmehr misst er sich an der Weiterentwicklung jener beständigen Praxis, die das (eigene, institutionelle) Arbeits- und Lebensumfeld umwandelt. Es geht schlichtweg darum, die eigene bzw. institutionell verankerte rassistische Verstrickung ins Visier nehmen.

Im Zuge dieser, oft auch „schmerzhaften“ Selbstreflexion und dem Erkennen rassistischer Strukturen, muss es darum gehen, Ausschlüsse zu benennen und darauf zu bestehen, tiefgreifende und umfangreiche rechtliche, soziale, kulturelle und ökonomische Inklusion von rassistisch Diskriminierten zu verankern. Rassismus ist – entgegen einer bequemen, oft dem eigenen Wohlbefinden geschuldeten Haltung – kein „Problem“, welches vor allem die Bildungsfernen, Unaufgeklärten, Unreflektierten, die Ewiggestrigen bzw. betrifft. Er betrifft alle. Im Zuge dessen müssen Mehrheitszugehörigkeiten kritisch hinterfragt und analysiert werden.

Macht stabilisierende, der hegemonialen Überlegenheit

dienende Indikatoren wie Sprache oder Habitus müssen durchleuchtet werden. Gerade im Kontext der Sprache muss es um eine Schärfung und Politisierung von identitären Hilfsbegriffen wie z.B. Migrant_in, Schwarze Menschen, Afroösterreicher_in, Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Indigene, Natives usw. gehen, um vorhandene Machtasymmetrien in ihren Spezifika politisch zu benennen.

Der - auch in der politischen Kulturarbeit verankerte - Umverteilungsdiskurs wird durch die Erweiterung der antirassistischen Haltung erhöht. Es geht hier um eine Fortsetzung und aber auch Steigerung in der Vehemenz jener Kämpfe, bei welchen es um Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, die Umverteilung von Ressourcen und ein umfassende Partizipation geht.

Es geht nicht um die symbolische Aufwertung von Differenz unter gleichzeitiger Beibehaltung allgegenwärtiger Diskriminierung. Vielmehr muss es ein vereintes Auflehnen gegen eine ethnisch definierte Klassengesellschaft geben bei gleichzeitiger Implementierung von Equality Targets.

Es geht bei all dem um das aktive Handeln von allen. Neue Positionen müssen solidarisch verhandelt werden und gleichzeitig muss an der Kohärenz und der Verständlichkeit der eigenen Position gearbeitet werden.

Maßnahmen:

- Radikale Neufassung von Staatsbürger_innenrechten (WohnbürgerInnenschaft)
- Wirkungsvolle Anti-Diskriminierungsgesetze
- Erhöhung der Präsenz unterrepräsentierter und diskriminierter Gruppen
- Anteilsmäßige Besetzung der Jurys, Beiräte usw. mit Migrant_innen und Angehörigen ethnischer Minderheiten.

Verteilungsgerechtigkeit!

Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass Gegenmodelle zu bestehenden Geschlechterkonstruktionen, nationalstaatlichen Modellen und sozialen Schichten entwickelt werden.

Nicht identitären Feminismus versteht die IG Kultur Österreich als den Kampf für die Partizipation marginalisierter Gruppen, ohne identitäre oder essentialistische Begehrlichkeiten bedienen zu wollen. Gleichwohl muss Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher oder heteronormativer Einteilungen konkret aufgezeigt und bekämpft werden

Wie werden gesellschaftliche Positionen in einem Machtgefüge erzeugt, eingenommen und bewahrt?

Feministische Systemkritik geht von einer grundsätzlichen Infragestellung des dualistischen Geschlechterkonzeptes aus, da es Menschen in zwei soziale Gruppen sortiert, denen unterschiedliche

Potenziale, Orientierungen und Rollen zugeschrieben werden. Mit dieser Sortierung wird eine Trennung vollzogen, die die Handlungsmöglichkeiten von Menschen einschränkt, weil sie gezwungen sind, sich mit einem der beiden Geschlechter zu identifizieren und den entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Identitätskonstruktionen, die den binär codierten Geschlechternormen nicht entsprechen, werden entweder ganz ausgeblendet oder tragen als Abweichungen von der Norm zur Stabilisierung und Legitimierung der Geschlechterkategorisierung als gesellschaftliches Ordnungsprinzip bei.

Der normative Charakter der Geschlechterbinarität produziert also Ausschlüsse, Marginalisierungen und Hierarchien, an denen auch die Verankerung von Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsgesetzen im System

nur wenig ändert, da mit einer Verschiebung von Grenzen innerhalb der Norm die Norm unangetastet bleibt. Der Blick wird nicht dorthin gerichtet, wo die Ursache der Ungleichheitslagen zu finden ist: in der unreflektierten Notwendigkeit und Unantastbarkeit des Zweigeschlechtersystems begründet durch biologische Voraussetzungen. Die feministische Forschung richtet ihren Blick genau dorthin und belegt, dass alle soziokulturellen, politischen, ökonomischen wie auch die biologischen Merkmale von Geschlecht, die zur Identitätsstiftung herangezogen werden, konstruiert sind und sich im Lauf der Zeit immer wieder verändert haben. Wenn das dualistische Geschlechterkonzept also eine veränderliche Konstruktion ist, deren natürlich-ontologische Grundlage auf wissenschaftlichen Mythen basiert, kann seine Veränderung auch dazu führen, dass es vollkommen überwunden wird.

Was sind die Folgen?

Der Verzicht auf die Machtkategorie Geschlecht mit allen ihren Zuschreibungen, Rollen, Bewertungen, Selbstbildern und Verhaltensmustern führt uns weg von der dualistischen und hin zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung, in der auch die hierarchische Kategorisierung anderer identitätsstiftender Komponenten – wie Herkunft, sozialer und kultureller Hintergrund, Alter – keinen Platz mehr hat. Die Forderung des Feminismus nach Pluralität ist somit eine Forderung nach der Auflösung aller einschränkenden und ungleich machenden Identitäten zugunsten komplexer biographischer Handlungsspielräume. Diese sind Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Individuen an gesellschaftlichen Prozessen und Ressourcen und eine realistische Chance auf politische Veränderung.

Maßnahmen:

- Förderung von Positionen, die bestehende Geschlechternormen sichtbar machen, sie hinterfragen und irritieren
- Sichtbarmachung von Positionen, die bestehende Geschlechternormen sichtbar machen, sie hinterfragen und irritieren
- Förderung von Kulturinitiativen, die an und mit Partizipationsmodellen arbeiten
- Bekämpfung von Armut, Ausbeutung, Marginalisierung, Androzentrismus

Forderungen:

- Geschlechterdemokratie
- Gleichstellungsmaßnahmen dürfen durch GM-Programme nicht aufgehoben werden.

¡No pasarán! *Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht in einem engen Kulturbegriff verortet werden kann, sondern als politische Kraft verstanden werden muss.*

Antifaschismus versteht die IG Kultur Österreich als jene Arbeit, die in Aufklärung und aktivem Auftreten gegen Faschismus besteht, und weit über Lippenbekenntnisse hinausgeht. Antifaschismus heißt für uns eine beständige Arbeit daran, die allzu leicht hingegenommenen Fakten „rechter Ausrutscher“ in der Öffentlichkeit als das zu benennen was sie sind – faschistische (Unter-)Töne.

Das Kokettieren mit nationalsozialistisch konnotierten Redewendungen ist wieder legitim geworden. Rassistische Äußerungen werden zum Kavaliersdelikt.

Selbst eindeutig menschenverachtende Aussagen erregen kaum noch die Gemüter. Im alltäglichen sprachlichen Umgang in Medienlandschaft und Politik spiegelt sich auf dramatische Weise, dass Faschismus wieder gesellschaftsfähig geworden ist.

Umso wichtiger ist es, das Sinken der Hemmschwelle im Gebrauch von faschistischen, antiziganistischen und antisemitischen Aussagen genau zu beobachten und durch Thematisierung in der Öffentlichkeit zu unterbinden.

Politische Kulturarbeit bedeutet ein aktives mediales und unmittelbares Kommentieren und Kritisieren einer schleichenden Entwicklung.

Das Rechte Lager bereitet den Weg, die angebliche Mitte nutzt die bereits geschlagene Bresche und erklärt zum Mainstream, was als deutlich rechts gelagertes Gedankengut

deklariert werden müsste. Dies schlägt sich drastisch in einer Gesetzgebung wieder, die Grundrechte von AsylwerberInnen, Minderheitsangehörigen sowie MigrantInnen sukzessive aushöhlt.

Der derzeit praktizierte Rechtspopulismus versteht es, eine konstruierte Unterschicht gegen eine ebenso konstruierte Mittelschicht auszuspielen. Heimat, Volk und Vaterland scheinen wieder im Trend zu liegen

Kritische Aufklärung, Information und deutliche Opposition ist notwendig, um das Spielfeld nicht kampfflos einer zwar schwach argumentierten, aber polemischen und populistischen rechten Fraktion zu überlassen.

Ein Rückgriff auf hierarchische, autoritäre und patriarchische Vorstellungen einer gesellschaftlicher Strukturierung ist bemerkbar. Dies geht einher mit einer (freiwilligen) Entmündigung von Bürgern und Bürgerinnen, die einer aktiven und selbstverantwortlichen Zivilgesellschaft entgegensteht.

Eine wichtige Funktion der politischen Kulturarbeit liegt darin, ein Klima zu schaffen, in dem eine sich selbst partizipativ konstituierende Gesellschaftsform lebendig ist und damit einen klaren Gegenentwurf zu faschistischen Organisationsformen darstellt.

Freie Kulturarbeit hat das Potential, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens deutlich mitzuprägen. Dies muss sie durch klares antifaschistisches Auftreten auch als Verantwortung wahrnehmen.

Maßnahmen:

- aktives Auftreten gegen faschistische Äußerungen
- Beobachtung des politischen und medialen Klimas
- Öffentliche Thematisierung und Aufklärungsarbeit
- Widerlegung faschistischer Organisationsformen durch praktizierte Alternativen

Geld oder Leben! *Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass alle Bereiche der Gesellschaft durchdrungen, darin Plätze besetzt und die Grenzen verschoben und gesprengt werden.*

Antikapitalismus verstehen wir als die Förderung verschiedener kollektiver Praxen, die eine Gesellschaft jenseits von Gewinnmaximierung konstituieren und die ein Menschenleben in Würde bzw. die volle Entfaltung der politischen Rechte und nicht den Markt ins Zentrum rücken.

Antikapitalistisch bedeutet Hinterfragen statt Unterwerfen, es heißt Systemveränderung herbeiführen, die von einer beständigen Systemkritik begleitet wird und die Fähigkeit voraussetzt, Dissens zu produzieren, zuzulassen und Konflikte produktiv werden zu lassen - sie zu führen.

Antikapitalismus - Geld oder Leben

Kapitalistische Produktionsverhältnisse können klassisch marxistisch beschrieben werden als solche, in denen sich gesellschaftliche Produktionsmittel in privater Hand befinden. Oder - ebenso marxistisch aber weniger klassisch - als eine Gesellschaftsordnung, in der das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Personen durch Sachen vermittelt ist, in der also privater Besitz das Verhältnis zwischen den Menschen bestimmt. Logische Konsequenz einer solchen Gesellschaftsordnung wäre das Zensuswahlrecht, welches das Wahlrecht und das politische Gewicht einer Stimme an das Steueraufkommen des Einzelnen bindet. Ein solches System widerspricht aufs Heftigste den Menschenrechten und entfaltet unabhängig davon, dass in jeder Republik das allgemeine und gleiche Wahlrecht gilt, eine faktische fatale Wirkung.

Das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Personen soll

jedoch unabhängig von Sachen und politischem Einfluss von den Personen selbst nach eigenen Kriterien gestaltet werden können, weshalb sich für uns völlig klar ergibt: Stehen wir vor der Wahl zwischen Geld oder Leben, wählen wir Letzteres und stellen uns gegen den Kapitalismus und seine Wirkungen.

Wer für die Messung des Wohlergehens das Bruttoinlandsprodukt verwendet, blendet ab dem Moment, da die fundamentalen Bedürfnisse eines Menschen gedeckt sind, die wichtigsten Kriterien aus. Soziale Integration, Gesundheit, Lebensperspektiven und das Erreichen von ethischen Zielen durch die Einzelne lassen sich damit ebenso wenig erfassen wie die gesellschaftlich notwendige Effizienz von Ressourcennutzung. Das BIP setzt entsprechend seiner kapitalistischen Herkunft Wachstum mit Entwicklung gleich und betrügt damit die Gesellschaft, deren Wohlstand es angeblich wiedergibt. In vielen Lebensbereichen sind die Kipp-Punkte*, an denen das BIP Verbesserung vorgaukelt, die Lebenserfahrung jedoch nachteilige Entwicklungen bestätigt, seit 30 Jahren erreicht.

Entwicklung statt Wachstum als ökonomischen Leitgedanken einzuführen heißt, sich von den Aporien zu befreien, die sich aus dem Widerspruch endlicher Ressourcen und ständig beschleunigtem Wachstum ergeben. Das heißt auch, die Aussteuerung von Menschen aus dem Arbeitsmarkt nicht bis zu einem unklaren Zeitpunkt ausreichenden Wirtschaftswachstums hin zu nehmen. Für den Bereich der Kulturarbeit angewandt heißt dies, dass nicht jährlich ein Mehr an Veranstaltungen und ein Mehr an Besucher/innen anzustreben ist. Eine Entwicklung, in der Programmschienen inhaltlich konsequenter gestaltet werden, in der Künstler/innen von größerer Ausstrahlungskraft eingeladen werden, in der die Veranstaltungen besser vermittelt und organisiert werden damit sie bei den Besucher/innen einen intensiveren

* Manfred Max-Neef, alternativer Nobelpreis in Ökonomie 1983.

Widerhall erfahren, ist einem reinen quantitativen Wachstum bei weitem vorzuziehen.

Freiwilligenarbeit, die eine Bedingung für eine tragfähige kulturelle Infrastruktur einer Region darstellt, steht von vornherein im Widerspruch zum kapitalistischen Grundgedanken, dass das individuelle Profitstreben letztlich zum Wohlergehen der Allgemeinheit beitrage und als „unsichtbare Hand“ eine gedeihliche gesellschaftliche Ordnung schaffe. Freiwilligenarbeit strebt nicht nach Profit sondern nach anderen Gütern, die kaum Eingang in einen vom Geld- und Warentausch geprägten Markt finden. Der Wunsch nach persönlicher Entwicklung und Bildung, der Wunsch nach gesellschaftlicher und persönlicher Anerkennung, die Lust am Denken und Gestalten, ethische Maximen und vieles mehr sind die Antriebskräfte für Freiwilligenarbeit. Wird sie nicht im kapitalistischen Sinn auf Umwegen der Ausbeutung anheim gegeben, genügt solche vitale Stimulation, um die freiwillige Arbeitskraft zu erhalten und zu entwickeln.

Wenn jedoch in einer total verwalteten Welt freiwillige Kulturarbeiter/innen sich mit nicht hantierbaren steuerlichen Regelwerken konfrontiert sehen, schrumpfen nicht nur die Motivation und die Qualität der Arbeit. Dann wird auch eine Ineffizienz der Verwaltung sichtbar, für welche die Steuerverwaltung exemplarisch ist. Es gibt einfach zu erhebende Steuern, die dazu ergiebig sind und in Korrelation zur Leistungsfähigkeit der Steuersubjekte stehen, wie beispielsweise die Börsenumsatzsteuer (im Jahr 2000 in Österreich abgeschafft). Die drei genannten Kriterien sind für die Effizienz und für die Steuergerechtigkeit maßgeblich. Es gibt jedoch auch Steuern, bei denen keines der drei angeführten Kriterien zutrifft, wie beispielsweise die Abzugsteuer (vulgo „Ausländersteuer“), die als pauschaler Satz ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Werbungskosten auf das Honorar steuerlich nicht in Österreich ansässiger Künstler/

innen erhoben wird. Erklärungs- und haftungspflichtig ist die Veranstalterin.

In höchstem Maße effizient und auch gerecht wäre eine Besteuerung aller Überweisungen mit einem sehr geringen Satz (um 1%) und aller Bargeschäfte mit dem etwa dreifachen Satz als Ersatz aller derzeit bestehender Steuern, die dadurch überflüssig würden - so umfangreich sind die Überweisungsvolumina in Österreich und in vergleichbaren Ländern. Eine derartige Allgemeine Transaktionssteuer (ATS) hätte weitere Vorteile, wie die Dämpfung von nur knapp rentablen Spekulationsgeschäften.

Die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens darf im Katalog antikapitalistischer Maßnahmen nicht fehlen. Es enthebt Nicht-Kapitalbesitzer/innen der Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und damit den Kapitalismus, der Profit ja nicht aus dem Nichts sondern nur aus menschlicher Arbeits- und Geisteskraft erwirtschaften kann, ins Rollen zu bringen. Es hindert aber niemanden daran, dies freiwillig tun zu wollen, weshalb die Antriebskraft des materiellen Profits durch ein Grundeinkommen keineswegs verloren geht.

Mehr als die Summe der einzelnen Teile!

Politische Kulturarbeit zeichnet sich durch Arbeit in kollektiven Zusammenschlüssen aus.

Kollektivität verstehen wir als die gemeinsame Zusammenarbeit in und an verschiedenen Kollektiven, getragen von und verstanden als politische Handlungssubjekte und nicht als die Gleichschaltung auf ein Ziel.

Die Konstruktion des politischen Subjektes im Kollektiv ist eine Herausforderung, an der die Initiativen der freien, politischen Kulturarbeit nicht vorbei können. Denn erst die (politische) Subjektposition ermöglicht es, Ziele zu definieren, die auch dem Antrieb gerecht werden, welcher politischer Kulturarbeit zu Grunde liegt.

Das Kollektiv in der politischen Kulturarbeit arbeitet nicht an der Vereinheitlichung und Gleichschaltung der ProtagonistInnen. Gerade das gemeinsame Handeln für ein Ziel, erfordert es, dass unterschiedliche Positionen und Meinungen Platz haben. Schon die Entwicklung dieser Ziele erfordert es, dass Konflikte ausgetragen werden, die nicht zu Gunsten einer konsensualen Bequemlichkeit vermieden werden.

Das Kollektiv setzt auf Maßnahmen, die den/die Einzelnen als verantwortlichen Teil der kollektiven Zusammenarbeit bestärken unter der Prämisse eines gemeinsamen Wollens! Dieses gemeinsame Wollen stellt die Antriebskraft politischer Kulturarbeit dar.

Es muss also auch an der Erschaffung eines kollektiven Willens beständig gearbeitet werden, der aus unterschiedlichen, emanzipatorischen Subjektpositionen erwächst. Dies stellt die größte Herausforderung dar. Geht es doch darum,

Menschen zu befähigen, selbstbewusst ihre Meinung zu vertreten, bzw. sich eine Meinung zu erarbeiten, aber auch darum, die eigenen Positionen selbst und durch andere in Frage zu stellen. Der kollektive Wille ist schlussendlich mehr als ein Destillat von Einzelmeinungen. Der kollektive Wille soll darauf fokussieren, dass die Positionen des/der Einzelnen nach wie vor sichtbar sind und gehört werden.

Kollektivität wie sie hier verstanden wird, kann aber nicht auf den Kulturbereich reduziert funktionieren. Kollektive und die darin innewohnenden Subjektpositionen müssen wuchern und sich ausbreiten, um egalitäre Verhältnisse auf immer mehr und schlussendlich alle Schauplätze des sozialen Lebens auszuweiten.

Kollektivität soll somit als Handlungsmaxime verstanden werden und weniger als Wertehaltung.

Denn gerade die dem kollektiven Willen immanenten Subjektpositionen können es ermöglichen, jenen radikalen Ansatz zu verfolgen, der schließlich dazu führen wird, eine radikal-pluralistische Demokratie zu erreichen.

Maßnahmen:

Zentrales Thema ist die Bildung. Nicht zuletzt bedarf es Maßnahmen um der Ermöglichung von Allianzen und Netzwerken Raum zu geben.

Daraus resultieren folgende **Forderungen:**

- Förderungen unabhängig vom „Vereinsstatus“
- verstärkte Investition in kulturelle (Weiter-) Bildungsmaßnahmen

Umverteilung!

Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass statische Strukturen hinterfragt werden, und dass sie gesellschaftsverändernd wirkt.

Gleichheit verstehen wir als die Autonomie der Einzelnen, die im Kollektiv erhalten bleibt. Gerechtigkeit verstehen wir als Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf Teilhabe und Ressourcen. Gleichheit und Gerechtigkeit sind Begriffe, die ein eingreifendes Denken mit sich bringen, und auf emanzipatorische Bewegungen abzielen.

Kulturelle Produktion, die sich als politisch versteht, stellt die Frage nach den (Re)Produktionsmechanismen von sozialen Unterschieden und entwickelt Alternativen, Gegenentwürfe, Utopien. Dabei geht es um die strukturelle Ebene des politischen Konflikts, aber auch gleichzeitig immer um die individuelle Ebene, wo durch konkrete

Interventionen Zugänge eröffnet werden können – auch wenn sie noch so punktuell und ephemere sind. Denn soziale Gerechtigkeit besteht mittlerweile nicht mehr in der Sicherstellung staatlich vordefinierter Bedürfnisse, wie es noch im Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts der Fall war, sondern in der Ermöglichung von Optionen, von Zugängen. Konkret: Es geht darum, möglichst vielen Personen möglichst lange möglichst viele Optionen offen zu halten. Diese Optionen sind aber an den sozioökonomischen Status einer Person (bzw. ihrer Eltern) gebunden und nehmen mit zunehmender Prekarisierung ab. Dazu kommt eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Letztere hat in einer Gesellschaft, die die Kommodifizierung ehemals staatlicher Leistungen wie Bildung, Kunst/Kultur, Zugang zu Information und Wissen, schwer wiegende Folgen

für die in ihr lebenden Individuen. Gleichzeitig treffen durch immer schärfere Einwanderungsgesetze die Rechte, die zumindest die juristische Gleichheit von Personen innerhalb eines Staates garantieren, auf immer weniger Personen zu. Auch wenn es vielleicht schon zu oft gesagt wurde: Die europäischen Gesellschaften werden durch das Einwirken des neoliberalen Staates und einer Rassismus fördernden Politik auseinander getrieben und nur einschneidende Maßnahmen werden die dabei entstehenden Klüfte wieder aneinander führen können.

Als eine zentrale Maßnahme ist eine radikale Neufassung der StaatsbürgerInnenschaft zu nennen. Europäische Staaten werden sich mit dem Konzept des WohnbürgerInnentums auseinander setzen müssen, da die innere Sprengkraft in einer Gesellschaft, die von vornherein nicht allen BürgerInnen dieselben Rechte zugesteht, zu groß ist. Individuelle Gleichheit – zumindest in der Modellhaftigkeit des BürgerInnentatus mit den damit verbundenen Rechten und Verantwortlichkeiten – stellt die Basis dar, um den ökonomischen Umverteilungsgedanken wieder zu aktivieren, diesmal allerdings nicht mehr dem Paradigma eines paternalistischen Wohlfahrtsstaates folgend, sondern der Pluralität von Lebensentwürfen Rechnung tragend. In diesem Sinne geht es bei einer zeitgemäßen Umverteilung darum, Optionen offen zu halten und diese nicht von vornherein oder allzu früh (beispielsweise durch ein antiquiertes Bildungssystem oder ein überkommenes Kunstverständnis) zu verschließen.

Was hat das alles jedoch mit kultureller Produktion zu tun? Kulturarbeit kann keine Einwanderungsgesetze ändern, das bleibt der Politik vorbehalten. Kulturarbeit kann aber die gegebenen Verhältnisse einerseits als solche wahrnehmen und bearbeiten – ohne dem Versuch der Leugnung oder der rückwärtsgewandten Verklärung zu erliegen. Andererseits aber kann und soll sie in Kooperation mit anderen Gruppen an deren Veränderung arbeiten. Besonders in einem konkreten

lokalen Kontext können hier Veränderungen angestoßen werden, die sich im Idealfall bis auf die strukturelle Ebene durchschlagen können.

Kulturarbeit kann nicht die Welt verändern, jedoch ihr Umfeld.

It's the society, stupid!

Politische Kulturarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Arbeit mit und an der Gesellschaft ist.

Solidarität verstehen wir als gelebte Verbundenheit und als das Herbeiführen von Veränderungen, die diese Verbundenheit stärken. Dazu gehört die Fähigkeit, die emanzipatorischen Veränderungen im eigenen Umfeld über Grenzen hinweg möglich zu machen und sie zu leben. Keinesfalls ist Solidarität ein Nach-Außen-Verlagern oder Delegieren von Unterstützung.

Emanzipatorische Veränderungen zu ermöglichen ist eine der großen Herausforderungen in einem politischem Status Quo, der auf Nivellierung setzt und an der Entsolidarisierung arbeitet, um (oft repressiv) die Zugriffsmöglichkeiten auf das Subjekt zu erleichtern.

Der einfachen Solidarisierung in Form von z.B. Unterstützungserklärungen muss eine aktiv handelnde Solidarität entgegengesetzt werden. Der dem Begriff innewohnenden Duktus des Unbeteiligten muss durchbrochen werden, um die politische Subjektposition (so wie auch in der Kollektivität) sichtbar zu halten.

Solidarisches Handeln sollte nicht als etwas per se Gutes hingenommen werden, sondern muss hinterfragt werden. Aktive Solidarität verlangt nach Reflexion, verlangt danach, die Allianzen und Bündnisse gemeinsam zu entwickeln. Eine radikal-pluralistische Demokratie braucht keine Solidarität mit allen die unsere Solidarität brauchen, sondern benötigt selbstbewusste Herangehensweisen und emanzipatorisches Handeln.

Letztendlich geht es um die Herausbildung einer neuen Weltanschauung, welche als Antwort auf den politischen Trend

gefunden wird. Daraus resultiert, dass die Herausbildung neuer, aktiver Solidaritäten, auch den Kampf um kulturelle Hegemonie mit sich bringt.

Die Herausbildung neuer Solidaritäten als Antwort auf den politischen Trend ist somit auch die Herausbildung einer neuen Weltanschauung und in weiterer Folge der Kampf um die kulturelle Hegemonie. Das Ziel muss hier nicht sein die Hegemonie zu erlangen, vielmehr sollte der Spannungsbogen im hegemonialen als beständig erweiterbare Kampzone erhalten bleiben.

Um dies zu gewährleisten sein, müssen sich die politischen Subjekte ihrer eigenen Grenzen bewusst sein, auch um diese überwinden zu können.

Aktive Solidarität erfordert somit, dass die Zivilgesellschaft als solidarischer Körper direkt, radikal demokratisch die Herausbildung einer neuen Weltanschauung in den Vordergrund ihrer Bestrebungen stellt.

Maßnahmen:

Wer spricht für (und mit) wem? Ausgehend von dieser Frage, die auch die Herrschaftsdiskurse bestimmt, muss die Antwort in einer Veränderung von Information liegen. Wenn die Zugänglichkeit zu Informationen für alle gleich ist, ist der dadurch mögliche Vorsprung auf den sich Herrschaft oft beruft obsolet.

Daraus resultieren folgende **Forderungen:**

- Transparenz auf allen politischen und verwaltungstechnischen Ebenen
- Verstärkte Mobilitätsförderung

kulturrisse

Kunst und Kohle
Kulturrisse 02/2012

Urheberrechte für alle
... sonst gibt's Krawalle!
Kulturrisse 01/2012

Antiziganismus:
Kontinuitäten und
Strukturen
Kulturrisse 04/2011

Ganz draußen?
Sozialreportagen aus dem
Abseits
Kulturrisse 03/2011

Urbane Räume: Zwischen
Verhandlung und
Verwandlung
Kulturrisse 02/2011



Queere De-/
Konstruktionen: Von
Abtragungen und
Baustellen
Kulturrisse 01/2011

Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik



IG Kultur Österreich

facebook.com/kulturrisse

twitter.com/igkultur

kulturrisse.at

Einzelpreis 6 €, Jahresabo 22 €, Studierendenabo 17 €
zuzüglich Versandkosten

romanistan

Roma bedeutet schlicht und einfach 'Mensch'. Könnte Romanistan also nicht die Heimat ALLER Menschen sein?

Romanistan ist ein EU-Kulturprojekt (2011-2013), das von der IG Kultur Österreich koordiniert wird, und gemeinsam vom Roma Kulturzentrum Wien, von Fagic in Barcelona und von Amaro Drom in Berlin organisiert wird.

Romanistan ist eine Bewegung durch das „Haus Europa“, ein emanzipatorisches Projekt, welches Roma Kulturarbeit jenseits von Folklore zeigt.



IG Kultur Österreich

facebook.com/Romanistan.CrossingSpacesInEurope

romanistan.net

Konferenz: youtube.com/user/RomanistanEU

Mapping: youtube.com/user/Romakult1

fair nav

Fair Pay für Kulturarbeit: Kultur muss sich lohnen!
Eine Kampagne der Ländervertretung

Kulturarbeit ist Arbeit. Soviel ist sicher. Zumindest für die, die tagtäglich im Feld der freien, autonomen Kulturarbeit tätig sind. Für viele andere ist Kulturarbeit vor allem einmal Lustgewinn, Selbstverwirklichung und Freizeitvergnügen, um nur einige Schlagworte zu bemühen. Ändern muss sich auch die (Selbst-) Ausbeutung die im freien, autonomen Kulturbereich Einzug gehalten hat. Kulturarbeit ist Arbeit und muss auch als solche entlohnt werden.



IG Kultur Österreich

igkultur.at/projekte/fairpay

Fair Pay

facebook.com/fairpay1